

Bald Lösung für Münchehagen?

SPD fordert Anbaustopp auf Ackerflächen

Hannover (mü-Eigenbericht). — Für die Probleme, die sich durch die Dioxinfunde in der Umgebung der Sondermülldeponie Münchehagen ergeben haben, zeichnet sich eine Lösung ab. Die SPD-Fraktion forderte in der aktuellen Stunde des Landtags einen Anbaustopp für die Ackerflächen in der Nähe der Deponie und eine entsprechende Entschädigung der betroffenen Landwirte. Umweltminister Remmers verfolgt praktisch die gleiche Linie.

Remmers will jedoch erst das Ergebnis der weiteren Messungen abwarten, die bis zum Beginn der Vegetationsperiode abgeschlossen sein sollen. Dann werde ein „Nullhorizont“ gebildet, eine Grenze zwischen belasteten und nicht belasteten Flächen, die durch einen Zaun markiert werde. Die Flächen innerhalb dieses „Horizonts“ sollen nicht mehr bebaut werden. Der umweltpolitische Sprecher der FDP-Fraktion, Hruska, empfahl, notwendige Flächenstilllegungen über das Grünbracheprogramm zu verwirklichen.

In der Debatte prallten die Meinungen hart aufeinander. Die SPD-Abgeordnete Tewes warf dem Umweltminister vor, daß die Grenzwertdiskussion wie ein Glaubensbekenntnis gehandhabt

werde. Wichtiger als der Streit der Toxikologen, die sich nicht einigen könnten, sei die Vorsorge für die betroffenen Menschen. Die Wald-, Acker- und Grünlandflächen sollten bereits jetzt anhand der schon vorhandenen Ergebnisse — ohne „Grenzwerthaarspalterei“ — in Gefährdungszonen eingeteilt werden.

Frau Tewes' Fraktionskollege Bartels pflichtete ihr bei: Es müsse Vorsorge für die Bürger getroffen werden, solange keine Klarheit bestehe. Sollten sich die Maßnahmen später als übertrieben und voreilig erweisen, dann sei dies nur zu begrüßen.

Was die Behörde in den letzten Jahren über Münchehagen geäußert hätten, sei eine Aneinanderreihung von Verharmlosungen, Halbwahrheiten, Lügen und zeige die Unfähigkeit, auf die dramatischen Probleme dieser Giftmülldeponie angemessen zu reagieren, erklärte der Abgeordnete Mönninghoff (Grüne). Die ersten Dioxinmessungen seien durch Außenstehende, u. a. durch die Zeitschrift „Tempo“, veranlaßt worden. Selbst der Ministerpräsident habe 1985 auf Anfrage erklärt: „Wir untersuchen laufend die unmittelbare Umgebung der Deponie. Wir finden hier kein Dioxin.“

Neuer Dioxin-Fund in Münchehagen

vdB. Hannover

In der Umgebung der Sondermülldeponie Münchehagen (Kreis Nienburg) ist erneut Seveso-Dioxin nachgewiesen worden. Die Arbeitsgemeinschaft „Bürger gegen Giftmüll“ aus Münchehagen teilte am Donnerstag vor Journalisten in Hannover mit, die drei jetzt bekanntgewordenen Fundstellen lägen ausnahmslos jenseits der Landesgrenze in Nordrhein-Westfalen. Sie seien zwei bis drei Kilometer von der stillgelegten Deponie entfernt.

Das Umweltministerium bestätigte die neuen Dioxinnachweise und betonte, die Arbeitsgemeinschaft habe ein weiteres Mal ein Zwischenergebnis veröffentlicht. Zur Zeit werde ein Gesamtgutachten über die von der Deponie ausgehenden Gefahren erarbeitet. Es bleibe dabei, daß noch vor Beginn der Vegetationsperiode entschieden werde, ob die landwirtschaftliche Nutzung der Flächen in der Umgebung der Deponie untersagt werde oder nicht. Die „Bürger gegen Giftmüll“ forderten — unterstützt von den Grünen im Landtag — erneut, die landwirtschaftliche Nutzung sofort zu verbieten und den betroffenen Bauern Entschädigungen zu zahlen. Für Besitzer von Hausbrunnen sollte eine Trinkwassernotversorgung organisiert werden.

A
252/3

HAZ v. 19.02.88